

## **Aus für das Sozialticket**

### **Freifahrten für Arbeitslose und Bedürftige würden Millionen Euro kosten**

**Von Jörg Steinbach**

kassel. Für ein Sozialticket, das Arbeitslosen und Sozialgeldempfängern in Kassel die kostengünstige Nutzung von Bussen und Bahnen ermöglichen würde, gibt es keine Chance. Das geht aus der Antwort von Kassels Stadtkämmerer und Sozialdezernent Dr. Jürgen Barthel (SPD) auf eine Anfrage im jüngsten Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport der Stadtverordnetenversammlung hervor. Das Ticket würde die Stadt mindestens zwei Millionen Euro jährlich kosten. Es ist abzusehen, dass der Kasseler Regierungspräsident als Aufsichtsbehörde der hoch verschuldeten Stadt eine solche millionenteure freiwillige Leistung nicht genehmigen würde.

Die SPD-Rathausfraktion wollte per Anfrage wissen, was die Einführung eines Sozialtickets für den öffentlichen Nahverkehr kosten würde, wenn jedes Ticket für 15 Euro Eigenbeteiligung im Monat angeboten wird. Nach Berechnungen der Verwaltung mit Unterstützung der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft (KVG) und Nordhessischem Verkehrs-Verbund (NVV) würde das Ticket bei vorsichtiger Rechnung "zwei Millionen Euro plus X" jährlich kosten, sagte Barthel. Soll heißen: Diese Zahl ist eine "untere Grenze", die mit nur 3500 Nutzern kalkuliert wurde. Die Erfahrungen aus anderen Städten zeige, dass die Kosten solcher Sozialtickets "eher deutlich nach oben" gingen, so der Stadtkämmerer. Hinzu kämen erhebliche Verwaltungskosten für die Ausgabe der Tickets und die kontinuierliche Berechtigungsprüfung, die von KVG und NVV nicht geleistet werden könne.

Die Nahverkehrsunternehmen könnten die Kosten für solche Tickets nicht übernehmen, weil sie ohnehin hohe öffentliche Zuschüsse bekämen. Barthel erinnerte daran, dass die KVG mit jährlich 25 Millionen Euro von der Stadt unterstützt wird. Andernfalls wären die Fahrkarten für Busse und Bahnen noch viel teurer. "Die Tickets, die wir im Augenblick anbieten, sind Sozialtickets", erklärte der Dezernent.

Während reiche Städte wie München Sozialtickets anbieten können, ist die Einführung in verschuldeten Städten wie Hannover oder Leipzig daran gescheitert, dass sie von der Kommunalaufsicht mit dem Hinweis auf nicht ausgeglichene Stadthaushalte untersagt wurde. Mit einem klaren Nein aus dem Regierungspräsidium hätte auch das hoch verschuldete Kassel zu rechnen. Weitere Millionen für Sozialtickets auszugeben wäre "völlig unzulässig", stellte Barthel klar. Der einzige korrekte Weg wäre, dass der Bund die Leistungen für Arbeitslose und Sozialgeldempfänger aufstockt. Die Bundespolitik sei der richtige Ansprechpartner für Initiativen, die Sozialtickets durchsetzen wollten.